

Stellungnahme zum Postulat 193

Stärkung der Unterstützung und Koordination für Opfer im Alter bei Gewalt, Betrug und Ausnutzung in der Stadt Luzern

Senad Sakic-Fanger und Diel Schmid Meyer namens der Mitte-Fraktion vom 21. April 2026
Antrag des Stadtrates: Erheblicherklärung, StB 729 vom 16. September 2026

Mediensperrfrist: 15. Oktober 2026, 11.00 Uhr

Ausgangslage

Der Postulant und die Postulantin bitten den Stadtrat zu prüfen, wie ältere Menschen, die Opfer von Gewalt, Betrug oder Ausnutzung geworden sind, besser unterstützt und begleitet werden können. Im Zentrum steht die Frage, ob die bestehenden Angebote ausreichend niederschwellig, sichtbar und koordiniert sind. Es sollen keine neuen Strukturen geschaffen, sondern die vorhandenen Angebote besser vernetzt werden, damit Betroffene rasch und möglichst aus einer Hand Hilfe erhalten.

Erwägungen

Wie im Postulat festgestellt wird, kann die ältere Bevölkerung in der Stadt Luzern auf ein breites und gut ausgebautes Beratungs- und Unterstützungsnetzwerk zählen. Im Vordergrund steht das Beratungsangebot der 2018 geschaffenen städtischen Anlaufstelle Alter, die Sozialberatung von Pro Senectute Kanton Luzern, aber auch die niederschweligen Treffpunkte von Vicinio Luzern mit ihrer Informations- und Vermittlungstätigkeit. Die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen und der Stadt Luzern darf als sehr gut bezeichnet werden, und die Vermittlung von Dienstleistungen erfolgt zielgerichtet, individuell und effizient.

Was das Thema Gewalt und andere strafrechtliche Tatbestände angeht, besteht mit der [Opferberatungsstelle des Kantons Luzern](#) bereits ein spezifisches Angebot, das durch die Unabhängige Beschwerdestelle für das Alter ([UBA](#)) ergänzt wird.

Im Präventionsbereich veranstalten sowohl Vicinio Luzern als auch das Forum Luzern60plus regelmässig Informationsveranstaltungen, insbesondere zu den Themen Cyberkriminalität und Trickbetrug. Was die Gewalt im näheren sozialen Umfeld betrifft, plant die Fachstelle für Altersfragen der Dienstabteilung Alter und Gesundheit (AGES) im Rahmen der diesjährigen «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» vom 25. November bis 10. Dezember 2026 in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Gleichstellung eine Veranstaltungsreihe zur Sensibilisierung mit Referaten der UBA und einem Selbstverteidigungskurs für Frauen ab 60 Jahren. Zudem ist vorgesehen, das Thema «Gewalt im Alter» als Schwerpunkt von Sensibilisierungskampagnen im Verlaufe des Jahres 2027 aufzunehmen. Wie im Postulat erwähnt, leistet auch die Luzerner Polizei mit u. a. der Fachstelle Seniorenschutz einen wichtigen Beitrag zur Prävention unterschiedlichster Gewaltdelikte im Alter und führte gemäss Geschäftsbericht 2025 zudem zahlreiche altersrelevante Veranstaltungen durch.¹ Weitere Ausführungen zur Thematik können der zurzeit in Erarbeitung befindlichen Antwort auf die [Interpellation 196](#), Marta Lehmann und Miriam Gasser namens

¹ Vgl. [Luzerner Polizei Geschäftsbericht 2025.pdf](#).

der SP/JUSO-Fraktion sowie Senad Sakic-Fanger vom 5. Mai 2026: «Gewalt gegen ältere Menschen in der Stadt Luzern – Besteht Handlungsbedarf bei Schutz und Prävention?», entnommen werden.

Im Sinne einer – wie vom Postulat geforderten – Überprüfung der Prozesse, der Vernetzung, der Koordination sowie der Niederschwelligkeit und der Zugänglichkeit der bestehenden Angebote ist der Stadtrat bereit, das Postulat erheblich zu erklären und im Rahmen seiner Möglichkeiten sowie Zuständigkeiten zu überprüfen, ob in den genannten Bereichen Optimierungspotenzial besteht.

Zu erwartende Folgekosten bei einer Erheblicherklärung des Postulats

Die Erheblicherklärung des Postulats und eine entsprechende Überprüfung der Abläufe und Prozesse ist voraussichtlich mit personellen Aufwänden verbunden, die über das Globalbudget der Dienstabteilung Alter und Gesundheit (AGES) oder des Stabs der Sozial- und Sicherheitsdirektion gedeckt werden können. Falls Lücken bestehen, könnte dies Folgekosten nach sich ziehen.

Fazit

Der Stadtrat anerkennt die Wichtigkeit einer guten Betreuung und Unterstützung von Opfern von Gewalt, Betrug und Ausnutzung. Er beurteilt das bestehende Angebot für ältere Menschen als ausreichend, erachtet es jedoch als wichtig, zur Enttabuisierung des Themas «Gewalt im Alter» beizutragen und wird die bereits geplanten Kampagnen umsetzen. Zudem ist der Stadtrat bereit, die Prozesse, die Vernetzung, die Koordination und die Zugänglichkeit der bestehenden Angebote, wo sie in die Zuständigkeit der Stadt fallen, auf ihr Optimierungspotenzial hin zu überprüfen.

Der Stadtrat beantragt daher, das Postulat erheblich zu erklären.